

Religion und Gewalt

VON MICHAEL LEY

Zur Debatte um die Rede von Papst Benedikt: Beim Islam handelt es sich um eine politische Religion, die die Trennung von Staat und Religion nicht kennt.

Religionen haben im Allgemeinen ein ambivalentes Verhältnis zur Gewalt, insbesondere den drei monotheistischen Religionen mit ihrem ausschließlichen Wahrheitsanspruch wird eine latente Bereitschaft zur religiösen, d.h. politischen Gewalt unterstellt. Ein Blick auf die Geschichte des Christentums und des Islam scheint diese Unterstellung zu belegen.

Die Vorlesung des Papstes in Regensburg über die (Pneuma-)Pathologien der christlichen und islamischen Kultur sollten sowohl als Kritik und Rechtfertigung gelesen werden. Kreuzzüge und islamische Eroberungen gehören zur politischen Geschichte beider Religionen, damit ist die Frage über Ihr Verhältnis zur Gewalt theologisch nicht beantwortet. Papst Benedikt zitiert in diesem Zusammenhang einen Dialog aus dem späten 14. Jahrhundert zwischen dem byzantinischen Kaiser Manuel II. Palaeologos und einem persischen Gelehrten über das Verhältnis von Vernunft und Religion sowie der Rechtmäßigkeit, den Glauben mit dem Schwert zu verbreiten. Der Kaiser betont in dem Disput die Einheit von griechischer Rationalität und christlicher Theologie und der Häresie, den Glauben mit Gewalt zu verbreiten. Er unterstellt dem Koran, dass der Zusammenhang von Religion und Vernunft nicht gegeben sei, da Gottes Wille an keine menschliche Kategorie gebunden sei. In Bezug auf den Dschihad, den Heiligen Krieg, verweist der Kaiser auf die Widersprüchlichkeit der islamischen Überlieferungen. Der spätere Mohammed bejaht in verschiedenen Suren die Gewalt gegen Andersgläubige, und die Vernichtung Ungläubiger. In der berühmten Sure 5 sagt Mohammed, dass Allah die Juden in Affen und Schweine verwandelt habe, die gekreuzigt oder getötet werden müssen. Seine Charaktensierung der Christen ist auch wenig schmeichelhaft.

Trennung von Staat/Religion unbekannt

Der indirekte Vorwurf der päpstlichen Rede beinhaltet, dass der Islam im Gegensatz zum Christentum - er vergaß, das Judentum zu erwähnen - eine politische Theologie besitzt, die politische Gewalt aus theologischen Gründen rechtfertigt, das Christentum zum Gewaltverzicht verpflichtet sei. Dieser theologische Disput lässt sich in die politische Sprache unserer Zeit relativ leicht übersetzen. Beim Islam handelt es sich - im Unterschied zum Judentum und Christentum - um eine politische Religion, die die Trennung von Staat und Religion nicht kennt und damit den wichtigsten Zivilisationsschritt der Menschheitsgeschichte nicht vollzogen hat. Erst der Rückzug der Religionen aus dem politischen Bereich ermöglicht die überaus schwierige Aufgabe der Zivilisierung von Kulturen. Nur in der Dialektik von politischer Praxis und transzendenter Ordnung können Kulturen und Zivilisationen entstehen, die die ursprüngliche Gewalt von Religion und Politik tendenziell überwinden. Europa brauchte Jahrhunderte, um den politischen Einfluss der Kirchen zurückzuweisen und sie auf ihre eigentlichen Aufgaben zu verweisen.

Die neuzeitliche Utopie einer völlig säkularisierten Welt endete bekanntlich in den politischen Religionen der europäischen Totalitarismen. Kulturen, die ausschließlich von Sakralgesetzen bestimmt werden, sind ebenso wenig zu Zivilisierungsprozessen fähig wie politische Diktaturen, die einen sakralen Anspruch erheben.

Entspricht Islam Zivilisationsgesetzen ?

Die Kritiker des Papstes sollten überlegen, ob der Islam diesen kulturellen Zivilisationsgesetzen entspricht oder ob der Islam reformiert werden muss, um Demokratie und Menschenrechte aus dem „Geist“ des Islam begründen zu können. Bevor diese Fragen nicht in der islamischen Welt geklärt sind, bleiben religiöse Dialoge leere Worte.

Michael Ley, geb. 1955, lebt in Wien. Dozent für Politikwissenschaft an der Uni Innsbruck. Zuletzt erschienen: „Zivilisationspolitik – Zur Theorie einer Weltökumene.“

meinung@diepresse.com